STADT THUN

DIREKTION PRÄSIDIALES UND STADTENTWICKLUNG
STADTKANZLEI

033 225 82 17
stadtrat@thun.ch
Rathaus, Postfach 145, 3602 Thun

thun.ch

Referenz 9903942

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 06/2024 vom 04. Juli 2024, 16:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Philipp Deriaz Peter Aegerter, Natalie Althaus, Sandro Badertscher (während Traktandum 2, 16.55 Uhr), Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alex Reymondin, Thomas Rosenberg, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann (bis nach der Pause, 18.30 Uhr), Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantinnen Judith Lüdi (Traktandum 1 – 3) und Lorina Winkler (Traktandum 4 – 13)
Entschuldigt	Städträte Martin Allemann, Simon Badertscher, Christoph Lauener, Matthias Zellweger und Städträtin Nina Siegenthaler
Schluss der Sitzung	20.40 Uhr

Der Stadtratspräsident erwähnt, dass der verfrühten Sitzungsbeginn aufgrund der langen Traktandenliste gesetzt wurde. Im Speziellen begrüsst er im Publikum Silvan Gertsch, den Nachfolger von Peter Jost, als Leiter Stadtmarketing. Er weist darauf hin, dass die Traktandenliste mehrmals angepasst wurde und die aktuellste Version nun vorliegt. Die Traktanden drei und vier werden zusammen beraten. In der vergangenen Sitzung haben sich die Fraktionspräsidien und eine Vertretung von Parteilos darauf geeinigt, dass es sich bei den Traktanden eins, sechs, sieben und acht um wenig umstrittene Geschäfte mit wenig Diskussionsbedarf handelt. Die Redezeit solle sich wiederum auf vier Minuten beschränken. Er dankt für die Mitarbeit bei dieser letzten Sitzung vor den Sommerferien.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

68. Ersatzneubau Schutz und Rettung. Erwerb des Grundstückes Thun 1 (Thun)-Gbbl. Nr. 5250

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 6,02 Millionen Franken für den Erwerb des Grundstücks Thun 1 (Thun)-Grundbuchblatt Nr. 5250 mit einer Fläche von 6'500 Quadratmetern und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2024

Gemeinderätin Eveline Salzmann erklärt, dass die Organisation Schutz und Rettung, der Zivilschutz und die Feuerwehr zurzeit in fünf Liegenschaften untergebracht sind. Der aktuelle Hauptstandort am Frohsinnweg wird im Jahr 2028 50-jährig. Der Standort müsste teuer saniert werden. Eine Sanierung erweist sich wirtschaftlich als nicht sinnvoll, da der Standort flächenmässig für eine Zentralisierung nicht genügend gross ist und verkehrstechnisch mittlerweile mitten in einem Wohnquartier liegt. Letzteres erschwert den Milizangehörigen der Feuerwehr das Einrücken. Thun ist schweizweit die grösste Stadt mit einer Milizfeuerwehr. Es braucht einen gut erschlossenen und zentral gelegenen Standort, der mit 50 km/h erreicht werden kann. Nur so können die Leute, die diese Tätigkeit in der Freizeit und mit viel Herzblut ausüben, dies auch weiterhin tun. Sie müssen sich beim Einrücken an die vorgegebenen Tempi halten, sonst werden sie gebüsst und verlieren den Ausweis. Erfolgt ein Alarm, müssen sie beim Einrücken vorgegebene Zeiten einhalten. Aus den genannten Gründen sucht man seit mehr als 15 Jahren einen neuen Standort. Bedenkt man die Anforderungen an einen solchen Standort, so ist schnell klar, dass diese Suche herausfordernd ist. Die Fläche muss ausreichend gross, das Grundstück verkehrstechnisch gut erschlossen und zentral, aber nicht mitten in einem Wohnquartier sein. Weiter muss die Zone stimmen und das Grundstück idealerweise im Eigentum der Stadt Thun sein, käuflich erworben werden können oder zumindest im Baurecht liegen. Das AFS hat 20 Liegenschaften untersucht. Was blieb, war der MUR-Halle Parkplatz. Ein Neubau Schutz und Rettung wäre grundsätzlich möglich, jedoch mit gewissen Risiken und Probleme verbunden, die dem Stadtratsbericht zu entnehmen sind. Der Stadtpräsident und sie als Gemeinderatsdelegation hatten im vergangenen Jahr die Möglichkeit, zu dem hier abzustimmenden Grundstück in Verhandlungen zu treten. Der Kaufvertrag konnte Ende April dieses Jahres unter Vorbehalt der Abstimmung des Rats wie auch des Volks abgeschlossen werden. Sie betont, dass der Standort alle genannten Voraussetzungen erfüllt. Sie sind sich bewusst, dass 6,02 Mio. Franken für 6'500 Quadratmeter viel Geld ist. Aufgrund der Grösse, der Lage sowie Angebot und Nachfrage kann der Preis als fair eingestuft werden. Die Bevölkerung erhält für dieses Geld einen ideal gelegenen Standort für eine sehr gut funktionierende Organisation Schutz und Rettung. Diese kann sich mit dieser Fläche zukunftsgerichtet weiterentwickeln. Es kann längerfristig eine Milizstruktur bei der Feuerwehr erhalten werden, was fünfmal günstiger kommt, als eine Berufsfeuerwehr. Weiter besteht die Möglichkeit, zusammen mit der STS AG den Rettungsstützpunkt dort zu planen. Sie weiss, dass die STS AG seit längerem einen neuen Standort dafür sucht. Mit der Feuerwehr, dem Zivilschutz, dem regionalen Führungsorgan Thun Plus und dem Rettungsstützpunkt des Spitals Thun sind fast alle wichtigen Bedürfnisse der Bevölkerung Thun an einem gut erschlossenen, zentralen Standort abgedeckt. Der jetzige Hauptstandort am Frohsinnweg wie auch der Standort an der Gurnigelstrasse können in Wohn- und Gewerbezonen umgezont und für Wohnungen gebraucht werden, die in Thun dringend nötig sind. Stadträtin Angelika Zimmermann hat dem Gemeinderat nach erfolgter

Medienmitteilung zum erfolgten Kaufvertrag zu diesem Meilenstein gratuliert. Sie findet das Wort Meilenstand unter Anbetracht des Aufwands als gerechtfertigt. Sie sind auch ein wenig stolz, dass sie dieses Grundstück kaufen konnten. Der Gemeinderat wie auch die Organisation Schutz und Rettung freuen sich, wenn auch der Rat zu diesem Meilenstein JA sagt. Sie beantragen die Zustimmung zur Bewilligung des Verpflichtungskredits, zum Kaufvertrag wie auch der Abstimmungsbotschaft.

Daniela Huber Notter, **SAKO Si+So**, äussert, dass die letzte SAKO-Sitzung am Stützpunkt am Frohsinnweg abgehalten werden konnte. Dabei kam es sogar zu einem nicht explizit für sie ausgelösten Feuerwehralarm. Sie berichtet, dass die Leute nach kurzer Zeit wieder am Stützpunkt zurück waren und hofft, dass es sich nur um einen Fehlalarm gehandelt hat. Schutz und Rettung ist eine gut eingespielte Milizorganisation. Die Mitwirkenden leistet pro Jahr 320 bis 350 Einsätze, Tendenz steigend. Zu den kantonalen Aufgaben gehören die vielen grossen Rettungsgeräte, die die SAKO-Mitglieder sehr beeindruckt haben. Sie beurteilt die Vorgabe, innerhalb von zehn Minuten mit sechs Angehörigen der Feuerwehr und wasserführendem Fahrzeug vor Ort zu sein, als eine Herkulesaufgabe. Sie betont die zentrale Bedeutung eines neuen Standorts. Die Thunerinnen und Thuner dürfen sich glücklich schätzen, dass sich die Eigentümerschaft zum Verkauf des Landanteils von 6'500 Quadratmetern an die Stadt Thun entschlossen hat. Betrachtet man den Quadratmeterpreis, so relativiert sich in ihren Augen die Höhe des Preises. Die SAKO war sich einig, dass der Quadratmeterpreis auf dem Markt viel höher wäre. Sie bedauert, dass die SAKO an der letzten Sitzung nicht beschlussfähig war, bestätigt aber, dass man dem Geschäft trotzdem einstimmig zugestimmt hat und empfiehlt dies auch dem Rat.

Der Rat gemehmigt mit 34 : 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 14. Juni 2024, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

   Gemeindebeschluss:

   Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 litera c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 4. Juli 2024, beschliessen:
   1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 6,02 Millionen Franken (inkl. Notariats-, Grundbuch- und Geometerkosten) als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2240.5000.007 (Bilanzkonto 14000.02.01) für den Erwerb des Grundstücks Thun 1 (Thun)-Gbbl. Nr. 5250 mit einer Fläche von 6'500 Quadratmetern.
   2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Gemeinderätin Eveline Salzmann dankt für das starke Zeichen hinsichtlich der Volksabstimmung.

69. Zone mit Planungspflicht (ZPP) «Siegenthalergut»

Zonenplanänderung (Ein- und Umzonung) in die neue Zone mit Planungspflicht (ZPP) «Siegenthalergut». Entwidmung zur Ermöglichung eines Landtauschs zur Sicherung der Errichtung eines öffentlichen Parks. Formeller Nachkredit zulasten der privaten Planungspartner

Bericht des Gemeinderates Nr. 20/2024

Zum vorliegenden Geschäft sind vor der Sitzung folgende Anträge eingereicht worden, welche der Gemeinderat allesamt zur Ablehnung beantragt. Die Anträge wurde vor der Sitzung dem Stadtrat zugestellt.

Nr.	*Urheber*	*Antrag*
1.	*SP*	*Baureglement Anhang 3* *Art der Nutzung* *Mindestens 50 Prozent der maximal zulässigen oberirdischen Geschossflächen für Wohnen (GFo) des Gesamtareals sind dem gemeinnützigen Wohnungsbau vorbehalten. Die Umsetzung erfolgt durch eine gemeinnützige Organisation im Sinne von Artikel 37 der Verordnung über die Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau vom 26. November 2003 (Wohnraumförderungsverordnung, WFV; SR 842.1), welche die Wohnungen dauerhaft in Kostenmiete vermietet.*
2.	*Grüne*	*Sektor I max. 0.5 PP für Motorfahrzeuge pro Wohnung, Sektor II max. 0.25 PP (autoarm/autofrei) für Motorfahrzeuge pro Wohnung, pro Zimmer zu Wohnzwecken 1 Fahrradabstellplatz. Der PP-Bedarf für die übrigen Nutzungen bemisst sich am unteren Drittel der Bandbreite gemäss Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV; BSG 721.1).*
3.	*Grüne*	*Sektor I max. 0.8 PP für Motorfahrzeuge pro Wohnung (inkl. Besucher:innenparkplätze), Sektor II max. 0.25 PP (autoarm/autofrei) für Motorfahrzeuge pro Wohnung (inkl. Besucher:innenparkplätze), pro Zimmer zu Wohnzwecken 1 Fahrradabstellplatz. Der PP-Bedarf für die übrigen Nutzungen bemisst sich am unteren Drittel der Bandbreite gemäss Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV; BSG 721.1).*
4.	*Grüne*	*Sektor I max. 0.5 PP für Motorfahrzeuge pro Wohnung (inkl. Besucher:innenparkplätze), Sektor II max. 0.25 PP (autoarm/autofrei) für Motorfahrzeuge pro Wohnung (inkl. Besucher:innenparkplätze), pro Zimmer zu Wohnzwecken 1 Fahrradabstellplatz. Der PP-Bedarf für die übrigen Nutzungen bemisst sich am unteren Drittel der Bandbreite gemäss Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV; BSG 721.1).*
5.	*Grüne*	*Sektor I max. 0.8 PP für Motorfahrzeuge pro Wohnung, Sektor II max. 0.25 PP (autoarm/autofrei) für Motorfahrzeuge pro Wohnung, pro Zimmer zu Wohnzwecken 1.25 Fahrradabstellplätze. Der PP-Bedarf für die übrigen Nutzungen bemisst sich am unteren Drittel der Bandbreite gemäss Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV; BSG 721.1).*
6.	*Grüne*	*Sektor I max. 0.8 PP für Motorfahrzeuge pro Wohnung, Sektor II max. 0.25 PP (autoarm/autofrei) für Motorfahrzeuge pro Wohnung, pro Zimmer zu Wohnzwecken 1 Fahrradabstellplatz, wobei ein ½-Zimmer als vollwertiges Zimmer gezählt wird. Der PP-Bedarf für die übrigen Nutzungen bemisst sich am unteren Drittel der Bandbreite gemäss Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV; BSG 721.1).*

Der Stadtpräsident äussert, dass das Siegenthalergut nicht nur in der Politik schon lange Thema ist. Beginnend mit einer Anekdote erläutert er die Aussage eines Einsprechenden, man habe ihm schon bei Einzug in den 80er Jahren gesagt, das Areal werde überbaut. Die Vorlage kommt also nicht überraschend. Es ist ein wichtiges Areal und von oben betrachtet ist ersichtlich, dass es sich um eine Siedlungslücke handelt.

Bei den bestehenden raumplanerischen Grundsätzen, Zersiedelung zu verhindern, gilt es, dort zu entwickeln wo bereits besiedelt ist. So kann Grünfläche geschont werden. Das Areal ist für die Stadt, die Wohnstrategie aber auch gesamtkantonal von strategischer Bedeutung. Es handelt sich um einen Wohnstandort von kantonaler Wichtigkeit. Mit der Einzonung eines solchen Areals ist eine grosse Verantwortung mit einhergehend. Er betont weiter, dass bei dem Prozess sorgfältig vorgegangen werden muss. Dabei verweist er darauf, dass es genügend Beispiele gibt, bei denen die Politik irgendwann die Bevölkerung oder die Exekutive die Legislative verloren und das Ganze in einem Debakel geendet hat. Es wurde viel gemacht, um genau das zu verhindern. Er betont, dass man sehr breite Kreise, die Nachbarschaft, den Leist wie auch die Investoren, den Rat und die Stakeholder mit einbezogen und immer wieder informiert hat, um zu zeigen, dass man etwas wirklich Gutes entwickeln will. Dass die Investorin eine lokale Firma ist, kam ihnen gelegen. Sie ist ebenfalls ambitioniert, etwas richtig Gutes zu machen und will nicht woanders weitergeschäften. Er kommt auf das Vorgehen zu sprechen. Dabei betont er, dass von Beginn an wichtig war, kein solch steriles Quartier zu erschaffen, wie sie oft in den Zeitungen aufgeführt sind. Auch die Stadtarchitekten haben gesagt, so etwas wolle man nicht. Gemeinsam kam man zum Schluss, dass es umgekehrt angegangen und die Entwicklung von den Frei- und Grünräumen aus betrachtet werden muss. Sonst besteht die Gefahr, dass zuerst gebaut wird und der Grünraum dann da entsteht, wo er noch möglich ist. Deshalb erfolgte zuerst der Wettbewerb für den Park. Dies zeigt, dass der Grünraum ein sehr zentrales Element ist. Er hält fest, dass man anders vorgegangen ist als man es auch hätte können. Dies hat seiner Meinung nach zu der bestehenden Akzeptanz geführt. Weiter weist er auf die erfolgte Meinungsumfrage hin. Damit wollten sie sehen, wie die Stimmung ist und welche Elemente der Bevölkerung wichtig sind. Der Park hat sich als wichtiges Element gezeigt, um die Zustimmung der Bevölkerung steigern zu können. Er betont, dass man nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiplanen will. Er ist überzeugt, dass ein austariertes Ergebnis vorliegt. Heute kann das Potenzial für einen städtebaulichen Leuchtturm geschaffen werden. Er ist sich bewusst, dass über Änderungen und kritische Punkte noch diskutiert werden muss, will diese aber nicht antizipieren. Er versteht die Gedanken vom Rat, Vorschläge jetzt in den politischen Prozess einbringen zu wollen, weil das Geschäft jetzt im Stadtrat ist. Ihm ist jedoch wichtig zu zeigen, dass sie die Ambition haben, alle miteinbezogen zu haben und jetzt ein austariertes Ergebnis, quasi ein Menu zu haben. Bei diesen komplexen Planungsprozessen können am Schluss nicht noch wesentliche Planungselemente anders aufgegleist werden, die die Wirtschaftlichkeit oder andere Aspekte zu Fall bringen würden. Einzelne Zutaten können allenfalls noch angepasst werden. Er verdeutlicht, dass mit dem vorliegenden Menu nicht allen das Lieblingsmenu, jedoch auch nicht etwas Ungeniessbares serviert kriegen. Er ist gespannt, welche Punkte geäussert werden und wird dazu Stellung nehmen. Er äussert, dass zu der am Schluss erfolgten öffentlichen Auflage sieben Einsprachen erhoben wurden. Er betont, dass dies für eine Einzonung in dieser Grösse sehr wenig sind. Eine Einsprache kam von einer politischen Partei, weitere von mehreren Privaten, die dort nebenan wohnen. Deren Anliegen oder Befürchtungen beziehen sich auf die Vernetzung. Diesbezüglich konnten sie versichern, dass die Anliegen legitim sind und im weiteren Verlauf des Verfahrens berücksichtigt werden. Er kommt auf das heute eingetroffenes Schreiben vom Hohmad-Leist zu sprechen und dankt Alfred Blaser stellvertretend für das Engagement in dem Verfahren. Bedürfnisse können nur dann aufgenommen werden, wenn sich die Leute engagieren. Er liest aus dem Schreiben von Alfred Blaser, welches im Namen des Hohmad-Leist erfolgte, Folgendes vor: "Im Vertrauen auf die Glaubwürdigkeit aller Partner und involvierten Portale zieht der Hohmad-Leist Thun die hängige Einsprache zur Verbindung zwischen Niesenblickstrasse und öffentlichem Park vom 3. April 2024 vollumfänglich zurück." Er bedankt sich herzlich für den Rückzug der Einsprache und weist darauf hin, dass man das Anliegen erkannt und im städtebaulichen Vertrag abgebildet hat. Man ist gewillt, die Wünsche so umzusetzen. Bestätigen kann er dies noch nicht, weil noch nicht bekannt ist, was wo gebaut wird. Er beantragt, der Vorlage und dem Antrag zuzustimmen.

Thomas Rosenberg, **SAKO P+StE** äussert, dass es für das Projekt Siegenthalergut viel Lob gab. Dabei erwähnt er im Besonderen den Prozess und den Einbezug, unter anderem von den politischen Parteien. Man ist sich der grossen Bedeutung der Stadtentwicklung bewusst. Zu reden gaben einmal mehr die Anzahl Parkplätze und der gemeinnützige Wohnungsbau. Er weist darauf hin, dass man für die nächsten zwei Generationen baut und entsprechend weiterdenken muss. Hinsichtlich Parks betont auch er die

Wichtigkeit, dass dieser als öffentlich wahrgenommen und durch die Stadt gut betrieben wird. Als Beispiel nennt er ein ansprechendes Gastronomieangebot. An der Wahrnehmung vom Park wurde gemäss Planungsamt bereits intensiv gearbeitet. Die SAKO hat dem Geschäft grossmehrheitlich zugestimmt.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, beantragt einen Sitzungsunterbruch, um sich nochmals über den bereits vorliegenden Änderungsantrag austauschen zu können.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass seitens der Grünen alle ihre Anträge zurückgezogen wurden. Sollte dies bei der SP-Fraktion ebenfalls Thema sein, so könnte ein Sitzungsunterbruch vor einer weiteren Diskussion sinnvoll sein.

Der Stadtratspräsident unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, betont, dass in der heutigen Sitzung über verschiedene Projekte der Stadt Thun gesprochen werden, die für die Stadtentwicklung von strategischer Bedeutung sind. Das Siegenthalergut ist für die Stadt Thun eine enorme Chance, für die Raumentwicklung gar ein Sechser. Mit der sorgfältigen Planung und der ausserordentlich partizipativen Planung ist ein Projekt mit Vorbildcharakter gelungen. Die notwendige Zonenplanänderung für die heute noch bestehende Landwirtschaftszone beziehungsweise Umwandlung in eine ZPP erachtet auch er als nächsten logischen Schritt. Besonders wertvoll ist der bereits angesprochene Park. Dieser ist ein Kernelement des Richtkonzepts. Er hofft, hier sein in der Stadt Thun erlebtes Parktrauma abbauen zu können. Dabei erwähnt er den Selve Park wie auch die Fehlgestaltung vom Freienhof. Er betont, dass sie die Umsetzung des Parks mit Argusaugen verfolgen werden. Dem versprochenen Masterplan, der als Leitdokument die gesamtheitliche Sicht der Projektentwicklung sicherstellen soll, sehen sie gespannt entgegen. Er hofft, dass die Realisation dieses Masterplans schneller geschieht, als es beim Masterplan Lachen der Fall ist. Er weist nochmals darauf hin, dass der Investor die Ideen und Wünsche der Bevölkerung wie auch der Stadt sehr positiv und konstruktiv berücksichtigt hat. Er bemerkt, dass es auch ein Zuviel an Spezialwünschen geben kann. Er plädiert dafür, vernünftig zu bleiben und in grossen Zügen zu denken. Sie lehnen jegliche Anpassungen, die unterdessen teilweise zurückgezogen wurden, ab. Sie nehmen den Beschluss an und freuen sich auf eine hervorragende städtebauliche Entwicklung im Süden von Thun.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass es bei der ZPP Siegenthalergut durchaus einige positive Punkte gibt. Dazu nennt sie die Entstehung des Plusenergiequartiers, die mit der Schwammstadt hoch gehaltene Biodiversität, der öffentliche Park und die angestrebte Durchmischung. Beim gemeinnützigen Wohnungsbau sind sie nicht derselben Meinung. Sie erhalten diesen Antrag aufrecht. Mit der Wohnungsinitiative konnten mindestens 1'000 Wohnungen vereinbart werden. Das Wort mindestens ist für sie von grosser Wichtigkeit. Als Fraktion werden sie sich bei jedem Projekt für mehr bezahlbare Wohnungen einsetzen.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, betont, dass das Siegenthalergut für die Stadt Thun ein sehr wichtiges Projekt ist, da die Nachfrage nach Wohnraum in Thun bekanntlich ausserordentlich gross ist. Die Fraktion hätte bei der Zone zur Kreuzung hin gerne etwas höher gebaut. Verdichten ist immer in aller Munde, geht es aber um die Umsetzung, so wird es still. Es geht hier um ein Projekt, das über relativ lange Zeiträume entwickelt wird, was die Chance geboten hätte, bei gewissen Baufeldern etwas mutiger zu sein. Dies gerade auch deshalb, weil der Grünraum sehr schön abgebildet wurde. Er hat in der SAKO und auch sonst versucht, die ZPP so zu beeinflussen, dass in der Bauphase zwei oder drei nochmals die Chance käme für eine Anpassung käme. Von den Fachleuten hat er sich belehren lassen, dass dies so nicht geht. Die einzige Möglichkeit wird sein, wenn es dann soweit ist, die ZPP nochmals anzuschauen. Verdichten wird tendenziell noch entscheidender werden. Weshalb er durchaus die Möglichkeit sieht, die Bauphasen zwei und drei dann mit neuen ZPPs zu versehen. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass der Park nicht nur gebaut, sondern auch belebt wird. Er weist auf die zahlreichen Pärke hin, bei denen man überlegt, ob man überhaupt reindarf. Es ist ihnen wichtig, dass man sich in dem Park eingeladen fühlt. Dabei weist er darauf hin,

dass auch der Rat mithelfen muss, diesen entsprechend zu bespielen. Bezüglich Anzahl Parkplätze sind sie der Meinung, dass die gewählte Maximalmenge so nahe an der Autobahnauffahrt legitim ist. Er mutmasst, dass in diesem Gebiet eher Leute angezogen werden, die auf ein Fahrzeug angewiesen sein. Anders also als dies stadtnah der Fall ist. Bezüglich gemeinnützigen Wohnungsbaus vertreten sie die Meinung, dass der gefundene Kompromiss gut und die Quote sinnvoll gesetzt ist. Bei den Fahrradabstellplätzen plädieren sie ebenfalls für mehr Mut. Sie beantragen, eine Kombination der vorliegenden Anträge Nr. 5 und 6 zu wählen und die halben Zimmer auch als ganzes Zimmer zu rechnen. Aus ihrer Sicht wäre man so auch für die nächsten Jahre gut aufgestellt, da die Tendenz zu mehreren Fahrräder durchaus steigt. Sie unterstützen das Geschäft und freuen sich, dass es einen Schritt weiter geht.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass das Siegenthalergut die wahrscheinlich grösste Wohnbaureserve der Stadt Thun beinhaltet. Einer Stadt mit Wohnungsnot, die sich das Schaffen von mehr Wohnraum, insbesondere bezahlbarem für weniger Verdienende und Familien, zum Ziel gesetzt hat. Das Siegenthalergut bietet in vielfacher Hinsicht Antworten und birgt ein fast einmaliges Potenzial. Die Forderung nach einer gut durchmischten Wohnnutzung wird mit 31 Prozent gemeinnützigem Wohnungsbau teilweise oder weitgehend erreicht. Er nimmt vornweg, dass die Meinungen zum Antrag der Fraktion noch nicht konsolidiert sind. Mit 600 bis 800 neu erbauten Wohnungen kann das Wohnungsangebot in Thun merklich gesteigert werden. Sie sehen diese zwei zentralen Forderungen der Thuner Stadtpolitik somit als weitgehend erfüllt. Gefallen macht ihnen das Verfahren an sich und die sorgfältige, wenn auch etwas lang andauernde, Planung. Er weiss, dass Qualität breit abgestützte und transparente Verfahren fordert. Sie erfreuen sich ebenfalls an dem zentralen öffentlichen Park. Dass dieser auf dem Schwammstadtprinzip basieren soll, löst bei ihm besondere Begeisterung aus. Auf dem weitgehend unversiegelten Schwammstadtboden gibt es Platz für einen Begegnungsort. Weiter freut er sich, dass dort Bäume wachsen und Schatten spenden dürfen. Es wird Biodiversität in hoher Qualität ermöglicht. Die öffentlichen Räume von dem Areal sollen weitgehend verkehrsfrei sein. Weiter ist im Konzept ein Quartierzentrum vorgesehen. Der Lärmbelastung konnte mit der Rundbebauung und den Vorzonen geschickt begegnet werden. Er betont, dass ein Plusenergiequartier geplant ist, was für Thun in dieser Grössenordnung ein grosser Fortschritt darstellt. Sie sehen hauptsächlich Chancen und Potenziale, die genutzt werden müssen. Sie werden der Vorlage in sämtlichen Punkten zustimmen, auch wenn mit allfälligen Enthaltungen. Dies aufgrund noch ungeklärter Fragen bezüglich der ZPP. Er weist im Besonderen auf den Verkehr hin. Will man nicht zur bernischen Hauptstadt des Autostaus werden, so ist ein besserer Modalsplit unumgänglich. Er plädiert für mehr Langsamverkehr, mehr ÖV mit direkten und schellen Verbindungen zum Bahnhof und weniger Autos. Die ZPP stellt hierzu die ersten Weichen. Auch wenn die Minimale und Maximale nicht ganz ihren Idealvorstellungen entsprechen, was zu den Anträgen geführt hatte, die sie nun zurückgezogen haben. Sie haben erkannt, dass sie zu den Anträgen wahrscheinlich keine Mehrheiten finden werden, was er nun jedoch hinterfragt. Mit der SVP-Fraktion konnte ein Gesprächspartner gefunden werden und sie unterstützen den Vorschlag, die Anzahl Fahrradparkplätze von 1.0 auf 1.25 pro Zimmer zu steigern. Man wolle lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Er dankt jenen, die in diesem Punkt Gesprächs- und Kompromissbereitschaft gezeigt haben. Er erklärt, dass sich der zurückgezogene Antrag bezüglich Besucherparkplätzen als gegenstandslos erwiesen hat. In der SAKO wurde die Frage, ob Besucherparkplätze in der Anzahl Parkplätze eingeschlossen sind, verneint. In der Antwort auf den daraus resultierten Antrag haben sie erfahren, dass die Besucherparkplätze eingeschlossen sind und es sich um eine Fehlinformation gehandelt hat. Für den weiteren, noch jahrelang andauernden Prozess, erwarten sie, dass die Verantwortlichen bei der Weiterentwicklung des Projekts das Maximum an Autoparkplätzen zu unterschreiten und das Minimum an Veloparkplätzen zu überschreiten versuchen. Er betont die Wichtigkeit des zuletzt genannten im Interesse einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung. Zählt man die Velos in den eigenen Quartieren und vergleicht sie mit der Anzahl Zimmern im Quartier, so merkt man, dass der Grundsatz für mehr Veloparkplätze spricht. Was an zusätzlicher Automobilität geplant wird, erntet man in Form von zusätzlichem Autostau und Staustunden, da ist er sich sicher. Er weist auf die Strassenquerung in Richtung Schul- und Einkaufszentrum hin. Ihrer Meinung nach ist von Unterführungen für Velos und Fussgängerinnen nach Möglichkeit abzusehen. Sie verstehen, dass dies noch in Prüfung ist und bitten, diesem Wunsch Beachtung zu schenken. Dasselbe gilt aus Verkehrssicherheitsüberlegungen für die Einführung

von Tempo 30 auf der Burger-, West- und Hohmadstrasse. Den Antrag der GLP/EVP/EDU-Fraktion würden sie wahrscheinlich unterstützen, da es einem ihrer ehemaligen Anträge entspricht. Sie sehen dem Abstimmungsverfahren gespannt entgegen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, erinnert daran, dass 2019 der Stadtrat dem damaligen Richtkonzept Siegenthalergut einstimmig zugestimmt hat. Wie bereits gehört werden 31 Prozent dem gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zugeteilt. Im städtebaulichen Vertrage wird folgendes geregelt: erstmalige Erstellung Plusenergie, Qualitätssicherung der nächsten Planungsschritte, finanzielle und organisatorische Fragen und die Höhe der Veloabstellplätze. Die Fraktion hat mit den Grünen zusammen einen Antrag formuliert, der den Stadtratsbeschluss um Ziffer 4 erweitert. Er verteilt den Antrag: *«Der Gemeinderat wird beauftragt, im städtebaulichen Vertrag mit der Frutiger AG die Anzahl Veloabstellplätze wie folgt zu regeln: Pro Zimmer zu Wohnzwecken sind mindestens 1.25 Veloabstellplätze zu erstellen. Die Erstellung hat in einer für die Nutzenden sinnvollen Etappierung, in Abhängigkeit vom Baufortschritt der einzelnen Gebäude zu erfolgen.»* Für sie ist die vorliegende ZPP das Resultat einer mustergültigen Vorgehensweise, wie ein solches Areal auch geplant werden kann. Er dankt der Investorin, im Speziellen Thomas Frutiger, für die fortwährend offene Kommunikation mit allen Parteien und Interessierten. Dazu nennt er den im Publikum anwesenden Alfred Blaser. Weiter dankt er dem Thuner Gemeinderat inklusive der Verwaltung. Sie ziehen den Hut. Er weiss, dass grosse Investoren auf die Stadt Thun schauen, um zu sehen, wie es auch gemacht werden kann. Die Vorgehensweise beim Projekt Siegenthalergut findet schweizweit grosse Beachtung. Die im Vorfeld eingereichten Änderungsanträge muten seiner Meinung nach seltsam an. Er dankt den Grünen für die Kompromissbereitschaft. Er wundert sich, dass die SP-Fraktion neu bei den oberirdischen Geschossflächen einen Anteil von 50 Prozent für gemeinnützigen Wohnungsbau fordert. Dies, nachdem vor drei Wochen einstimmig dem Gegenvorschlag der Thuner Wohninitiative zugestimmt wurde. Er hinterfragt, ob die SP-Fraktion bewusst gegen getroffene Vereinbarungen handelt oder nicht mitbekommen hat, dass auch beim Siegenthalergut 31 Prozent, oder anders gesagt bis zu 240 Wohnungen dem gemeinnützigen Wohnbau vorbehalten sind. Er zeigt sich aufgebracht und betont, dass man sich ein solches Verfahren in Thun nicht gewohnt ist. Weiter ist er empört darüber, dass ihm am Morgen persönlich versprochen wurde, der Antrag inklusive hängiger Einsprache werde zurückgezogen, was nun nicht der Fall ist. Die Erhöhung der Veloabstellplätze pro Zimmer ist ein notwendiges Bedürfnis. Er versteht, dass zukünftig die Wenigsten nur noch ein Velo besitzen werden und ist überzeugt, dass dieser Antrag auch von der Investorin unterstützt wird. Die Fraktion wird den SP-Antrag ablehnen und den gemeinsamen Antrag von SVP/Grünen unterstützen. Abgesehen davon werden sie dem Antrag des Gemeinderats einstimmig und mit großer Freude Folge leisten

Adrian Christen (SP), gibt eine persönliche Erklärung ab. Er berichtigt, in dem Gespräch mit Stadtrat Peter Aegerter geäussert zu haben, sich für den Rückzug des Antrags einzusetzen. Von Versprechen war nicht die Rede. Er selbst war an der Fraktionssitzung nicht dabei.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, formuliert den Antrag der Fraktion für die zusätzliche Beschlussziffer präzise: «*Der Gemeinderat wird beauftragt, im städtebaulichen Vertrag mit der Frutiger AG die Anzahl Veloabstellplätze wie folgt zu regeln: Pro Zimmer* ***und Halbzimmer*** ~~*zu Wohnzwecken*~~ *sind mindestens 1.25 Veloabstellplätze zu erstellen. (...).»* Die Formulierung "zu Wohnzwecken" könnte seiner Meinung nach zu Diskussionen führen. Mit der Ergänzung "und Halbzimmer" wäre man gut aufgestellt und die Berechnung wäre klar.

Der Stadtpräsident ist über die qualifizierten Voten erfreut. Er findet, dass das Mitreden von zahlreichen langjährigen Ratsmitgliedern, die die lange Planung mitverfolgt haben, zu dieser qualifizierten Diskussion geführt hat. Er bestätigt, dass sie in der SAKO eine Fehlinformation gegeben hatten und entschuldigt sich dafür. Bezüglich dem von Stadtrat Mark van Wijk geäusserten Parktrauma betont er, dass sie zwingend einen belebten Park wollen. Man hat sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie man so einen belebten Park umsetzen kann. Seiner Meinung nach haben sie für diese Zielerreichung alles gemacht und er hofft auf ein entsprechendes Ergebnis. Bezüglich der Aussage von Stadtrat Jonas Baumann hält er fest,

dass viel darüber diskutiert wurde, was der Bevölkerung zugemutet werden kann. Man ist sich bewusst, dass eine Innenentwicklung geschehen muss. Er betont, dass nicht alles, was intellektuell als sinnvoll erscheint auch politisch mehrheitsfähig ist. Die Herausforderung für sie war es, etwas Gutes und Ambitioniertes zu machen, ohne dabei die Bevölkerung zu verlieren. Die Bevölkerung befasst sich nicht tagtäglich mit diesen Fragestellungen. Sie sind klar der Auffassung, dass das Vorgesehene gut verträglich ist. Dies schliesst nicht aus, dass man dereinst zu anderen Beschlüssen kommt. Sie unterstützen die Aussage von Stadtrat Thomas Hiltpold bezüglich Minimum und Maximum. Er weist darauf hin, dass beim Projekt Bernstrasse das Minimum zuerst bei 0.9 angesetzt wurde und mittlerweile bei 0.72 liege. Die Anzahl Parkplätze wird allein aus ökonomischer Sicht reduziert. Für einen Investoren sind Parkplätze kostenintensiv und somit nicht sehr interessant. Es braucht sie lediglich, um ein gutes Angebot zu haben. Er ist überzeugt, dass das Minimum an Parkplätzen noch reduziert wird, sollte sich das Mobilitätsverhalten während der Entwicklungsdauer weiter verändern. Man will keine unnötigen Parkplätze schaffen. Man will aber auch nicht, dass Bewohner in Autobahnnähe ihre Autos irgendwo im Quartier abstellen. Zum SP-Antrag bezüglich gemeinnützigen Wohnungsbaus äussert er, dass der Anteil bereits von 20 auf 31 Prozent erhöht werden konnte. Er betont, dass der Gegenvorschlag Wohninitiative an der letzten SR-Sitzung behandelt wurde. Dabei haben sie eine zahlenmässige Aufstellung darüber gemacht, wieviel Zuwachs wo angedacht ist. Beim Siegenthalergut waren es 215, was niemand bemängelt hatte. Er kritisiert, dass ein gefundener Kompromiss eine Sitzung später beanstandet wird. Er lädt den Rat dazu ein, den Antrag abzulehnen. Weiter begründet er, dass ein solcher Entscheid das Projekt zum Scheitern bringen könnte. Hinter einem solchen Projekt steht eine Rechnung, die funktionieren muss. Wenn nun an einem beachtlichen Teil der Wohnungen nichts mehr verdient werden kann, so wird es wirtschaftlich nicht mehr funktionieren. Er fände es bitter, wenn man wegen fehlender Rentabilität plötzlich auf den Park verzichten müsste. Das Projekt ist rein ökonomisch nicht vollumfänglich ausgereizt, aber es ist qualitätsvoll. Sie sind überzeugt, dass die 31 Prozent sinnvoll sind. Es wäre ein Fehler, einem Antrag zuzustimmen, der das Projekt für eine Weile stilllegt. Bezüglich Veloabstellplätze weist er darauf hin, dass es sich bei 1.0 Abstellplatz pro Zimmer um einen Minimalbetrag handelt. Er versteht den neuen Antrag, weist aber darauf hin, dass die zusätzlichen Veloparkplätze zu Kosten von etwas anderem gehen würden. Bei einer Erhöhung um 0.25 spricht man von zusätzlichen 500 Veloabstellplätzen. Nimmt man das Halbzimmer dazu, so sind es 650. Er ist sich der Wichtigkeit der Veloabstellplätze bewusst, sieht einer weiteren Anpassung um die Halbzimmer jedoch kritisch entgegen. Er berichtigt, dass der Gemeinderat zu dem neuen Antrag keine Stellung nehmen konnte. Der neue Antrag könnte mit der Investorin besprochen werden. Er will verhindern, dass aufgrund einer Minimalvorgabe die Grünfläche reduziert werden muss. Den Antrag SVP/Grüne sehen sie als Möglichkeit. Zum Schluss bedankt er sich für die sehr gute Aufnahme. Die Tatsache, dass über wichtige, aber einzelne Bestimmungen zu Velos gesprochen wird, zeigt seiner Meinung nach, dass die ganze Planung mit all der Komplexität gut aufgenommen wurde. Er dankt dem Rat, seinen Mitarbeitenden, dem Stadtarchitekten und vielen weiteren.

Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 22 : 3 Stimmen bei 10 Enthaltungen ab.

Es herrscht Unsicherheit bezüglich Abstimmungsverhalten zu den beiden Anträgen SVP/Grüne und GLP/EVP/EDU-Fraktion. Der Stadtratspräsident schlägt vor, beide Vorschläge gegenüberzustellen und mit der angenommenen Ergänzung zu Punkt 4 anschliessend in die Schlussabstimmung zu gehen.

Peter Aegerter (SVP) gibt eine persönliche Erklärung ab. Er weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion mit den Grünen zusammen einen Antrag gestellt hat. Er fragt sich, ob die Investorin mit dem Zusatz der Halbzimmern mithelfen würde und appelliert daran, zu dem Abgemachten zu stehen.

Thomas Lanz (Grüne) gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung ab. Er hält fest, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag der GLP/EVP/EDU-Fraktion um die ihrige Grundidee handelt und sie somit nicht dagegen abstimmen können.

Jonas Baumann (EVP) gibt eine persönliche Erklärung ab und weist darauf hin, dass die Einstellhalle Möglichkeiten bietet, um weitere Veloabstellplätze zu schaffen. In Thun ist gut ersichtlich, dass die vorhandenen Veloabstellplätze unzureichend sind und die Velos teilweise bis in die Pärke hinein parkiert werden.

Der Stadtpräsident zeigt auf, dass mit der Mindestvorgabe von 1.0 pro Zimmer 2'000 Veloparkplätze erstellt werden. Bei 1.25 pro Zimmer sind es 2'500 Parkplätze. Bei Zugabe von nochmals 0.5 sind es 2'650.

Abstimmung über die Anträge SVP/Grüne und GLP/EVP/EDU-Fraktion
Auf den Antrag der SVP/Grüne entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag der GLP/EVP-EDU-Fraktion entfallen ebenfalls 17 Stimmen. Zudem gibt es eine Enthaltung.

Der Stadtratspräsident gibt den Stichentscheid für den Antrag der SVP/Grüne und somit um die Ergänzung des Stadtratsbeschlusses mit folgender neuen Ziffer 4: *«Der Gemeinderat wird beauftragt, im städtebaulichen Vertrag mit der Frutiger AG die Anzahl Velo-abstellplätze wie folgt zu regeln: Pro Zimmer zu Wohnzwecken sind mindestens 1.25 Veloabstell-plätze zu erstellen. Die Erstellung hat in einer für die Nutzenden sinnvollen Etappierung, in Abhängigkeit vom Baufortschritt der einzelnen Gebäude zu erfolgen.»*

Der Rat genehmigt in der Schlussabstimmung mit 34 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera b, Artikel 40 litera h und Artikel 68 Absatz 1 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Juni 2024, beschliesst:

1. Verabschiedung der Zonenplanänderung Zone mit Planungspflicht (ZPP) «Siegenthalergut», beinhaltend:
   - Änderung Zonenplan I: Teil Thun 2002,
   - Änderung Baureglement 2002, Anhang 2,
   - Änderung Baureglement 2002, Anhang 3 sowie
   - Erläuterungsbericht mit Beilagen.
2. Überführung des Grundstückes Thun 1 (Thun)-Gbbl. Nr. 4974 mit einer Fläche von 5125 Quadratmetern zum Buchwert von 1 Franken vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung), unter dem Vorbehalt des Eintritts der Rechtskraft der Zonenplanänderung.
3. Bewilligung eines formellen Nachkredites von 200'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit-Nr. 1412.5290.017 (Bilanzkonto Nr. 14290.10.01), für die Arealentwicklung Siegenthalergut.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, im städtebaulichen Vertrag mit der Frutiger AG die Anzahl Veloabstellplätze wie folgt zu regeln: Pro Zimmer zu Wohnzwecken sind mindestens 1.25 Veloabstellplätze zu erstellen. Die Erstellung hat in einer für die Nutzenden sinnvollen Etappierung, in Abhängigkeit vom Baufortschritt der einzelnen Gebäude zu erfolgen.
5. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Alois Studerus (Die Mitte) gibt eine persönliche Erklärung ab. Wie bekannt hat der Gemeinderat beschlossen, die Voliere Schwäbis zu schliessen. Sie sei nicht mehr zeitgemäss. Als Präsident der Vogelvoliere Schwäbis zeigt er sich über diesen Entscheid entsprechend enttäuscht. Es ist im wichtig, festzuhalten, dass die Haltung dieser Vögel immer tierschutzkonform, gesetzlich artgerecht und mit dem Veterinäramt abgesprochen war. Das Veterinäramt hat unter Hinweis einer geplanten Sanierung keine weiteren Einschränkungen erhoben und den Betrieb toleriert. Der Verzicht auf eine Sanierung bedeutet die Einstellung des Betriebs. Er dankt Philipp Jordi für die jahrzehntelange Betreuung der Voliere. Diese hat pro Jahr

tausenden von Besuchern Freude bereitet. Er weiss, dass die Freude gegenüber den Vögeln in den Käfigen nicht jedermanns Sache ist. Er bedauert, dass die verschiedenen Vogelarten einen anderen Platz erhalten und nicht mehr so viele Leute erfreuen werden.

Gemeinderat Reto Schertenleib macht Replik und erklärt, dass das zuständige Amt für Veterinärwesen des Kantons Berns mitgeteilt hat, dass die Vogelhaltung unter den bestehenden Umständen nicht mehr zulässig ist. Er bekundet, dass die Investition von 300'00 Franken für die Haltung von 30 Vögeln vom Gemeinderat als nicht verhältnismässig eingestuft wurde.

70. Erschliessungsüberbauungsordnung, Sanierung, Ausbau und Übernahme Flugplatzstrasse

Änderung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Überbauungsordnung «Flugplatzstrasse» sowie Bewilligung eines Nachkredites in der Höhe von 530'000 Franken zum Verpflichtungskredit vom 23. August 2018 für die Projektierung und Ausführung des Verkehrsinfrastrukturprojektes

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2024

Der Stadtratspräsident gibt bekannt, dass dieses und das nachfolgende Traktandum gemeinsam beraten warden. Die Abstimmung erfolgt dann natürlich getrennt.

Markus van Wijk, **SAKO P+StE**, betont, dass die Erschliessung und Überbauung der Flugplatzstrasse für die Sanierung, den Ausbau und die Übernahme der Flugplatzstrasse Voraussetzung sind. Damit einhergehend auch für die Erschliessung der Arbeitszone Lerchenfeld und des neuen regionalen Sammelhofs. Zur Diskussion in der Erschliessungsordnung führte, dass die Liegenschaft Allmendstrasse 181E Wiler Waldegg im Baurecht mit einer abparzellierten Fläche aufgeführt ist und nicht zu dem Areal gehört. Dies führte zu einer Aufnahme im Gemeinderat sowie Verwaltungsrat und zu einer entsprechenden Korrektur. Ansonsten sind die vorliegenden Dokumente für die SAKO schlüssig und stringent. Die SAKO P+StE hat der Überbauungsordnung einstimmig bei 2 Abwesenheiten, die SAKO B+L mit 4 Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Zum zweiten Geschäft äussert er, dass die beiden SAKOs durch den Gemeinderat und die Verwaltung gut informiert wurden. Er betont die Wichtigkeit der Flugplatzstrasse als Verbindung zwischen Thun und Thierachern. Sie erschliesst zudem die Sportanlage Waldegg, den Flugplatz und das Waffenplatzareal der Allmend mit der Panzerpiste, was am Wochenende von der Bevölkerung auch als Naherholungsgebiet genutzt werden kann. Der neue Strassenabschnitt bei der Flugplatzstrasse führt dazu, dass der neue regionale Sammelhof neu erschlossen wird. Die lange Geschichte dieses Geschäfts ist allen bestens bekannt. Zu beiden Geschäften wurde in den SAKOs keine Bedenken geäussert. Bezüglich Umsetzung gab es Fragezeichen hinsichtlich der Velotauglichkeit und einer effektiven Verbesserung für den Veloverkehr. Die dargestellten Weginseln sind für den Veloverkehr suboptimal. Er weist auf bessere Lösungen hin, wie jene im Länggässli, bei dem der Weg geradlinig passiert werden kann. Er bestätigt, dass mit einer Reduktion auf Tempo 30, der Kurvenverbreitung sowie der Strassenbeleuchtung für den Veloverkehr attraktive Bedingungen geschaffen werden. Die beiden SAKOs nehmen auch dieses Geschäft mehrheitlich an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass sie die Änderung zur baurechtlichen Grundordnung annehmen. Bezüglich der Sanierung und dem Ausbau haben auch sie Bedenken, wie bereits aus den SAKOs geäussert. Sie haben das Geschäft bereits 2018 kritisch beurteilt und aufgrund Unzfriedenheit bezüglich Velomassnahmen abgelehnt. Für sie wäre es durchaus möglich, die Situation für die Velofahrenden mit einfachen, wenigen Massnahmen verbessern zu können. Zu 2018 sehen sie diesbezüglich mit dem vorliegenden Vorschlag keine Verbesserungen. Ausdrücklich begrüssen sie das neue verbreiterte Trottoir, Tempo 30 wie auch die neue Beleuchtung. Damit wird die Sicherheit vor Ort besonders auch für Fussgänger und Fussgängerinnen verbessert. Da sie für bei Velomassnahmen noch Verbesserungspotenzial sehen, lehnen sie den Antrag ab.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, hält fest, dass sie die beiden Geschäfte als sinnvoll und zukunftsorientiert beurteilen. Die Anpassungen bezüglich Fussgängersicherheit mit Tempo 30 und der Beleuchtung erachten auch sie als positiv. Sie dankt dem Gemeinderat für die übersichtlichen und nachvollziehbaren Informationen. Die Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, betont, dass man die angesprochenen Veloinseln, die angeblich mehr Sicherheit bringen sollen, an diesem Ort nicht will. Die Verengungen sind genau dort geplant, wo die Trainierenden vom Fussballclub die Strasse überqueren. Die Sicherheit für die Fussgänger wäre so aufgrund der Velos nicht gewährleistet.

Marc Fritschi, **PARTEILOS**, weist darauf hin, dass eine Temporeduktion (Tempo 30) nichts mit dem Baubewilligungsverfahren zu tun hat. Auch ist für Verkehrseinschränkungen nicht der Stadtrat zuständig, sondern die Direktion B+L.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme. Er weist darauf hin, dass Projekte mit einem gewissen Alter tendenziell teurer werden. Sie können aber auch qualitativ besser werden, was hier der Fall ist. Er hält fest, dass alle Massnahmen auch Verbesserungen für den Veloverkehr darstellen, auch wenn dies nicht explizit so aufgeführt ist. Die seitlichen Einengungen sind eingangs und mittig der Strasse geplant. Er weist darauf hin, dass diese auch als Querungshilfen für die Freizeitnutzenden dienen können. Sogenannte Velofurten bei den Inseln sind aufgrund der Strassengeometrie nicht möglich. Die Strassenbreite müsste auf 3.5 Meter reduziert werden, was zu neuen Konflikten und nicht zur Verbesserung der Sicherheit führen würde. Damit wäre nur noch die Begegnung von Auto und Velo möglich. Da es sich aber um eine Erschliessungsstrasse handelt, wird sie auch von grösseren Fahrzeugen passiert. Die Massnahmen zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit aller beitragen.

Der Rat genehmigt mit 35 : 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Mai 2024, beschliesst:

1. Verabschiedung der Änderung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Überbauungsordnung (UeO) «Flugplatzstrasse», beinhaltend
   - Zonenplanänderung Zone für Sport- und Freizeitanlagen (ZSF) 101 1:1'000,
   - Baureglementsänderung Zone für Sport- und Freizeitanlagen (ZSF) 101,
   - Überbauungsplan 1:500,
   - Landabtretungsplan 1:500 sowie
   - Erläuterungsbericht.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident ordnet einen 30-minütigen Sitzungsunterbruch an.

Es folgt ein Sitzungsunterbruch von 30 Minuten.

71. Sanierung, Ausbau und Übernahme Flugplatzstrasse

Bewilligung eines Nachkredites in der Höhe von 530'000 Franken zum Verpflichtungskredit vom 23. August 2018 für die Projektierung und Ausführung des Verkehrsinfrastrukturprojektes

Bericht des Gemeinderates Nr. 16/2024

Der Rat genehmigt mit 28 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 68 Absatz 1 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Mai 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von 530'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung als Infrastrukturprojekt, Verpflichtungskredit-Nr. 2512.5010.056 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01), für die Sanierung, Ausbau und Übernahme der Flugplatzstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

72. Fuss- und Veloverkehr. Netzergänzung Bahnhof–Selve–Schwäbis

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 380'000 Franken für die Durchführung eines qualitätssichernden Verfahrens. Auftrag für die Ausarbeitung einer Abstimmungsvorlage über einen Rahmenkredit in der Grössenordnung von 20 bis 30 Millionen Franken für die Umsetzung der Thuner Velo-Initiative

Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2024

Der Stadtpräsident betont, dass genau nach Plan vorgegangen wurde. Der Bericht liegt noch nicht vor, doch er geht davon aus, dass das Ergebnis vom Rat nun auch akzeptiert wird. Die geplanten Aarequerungen wurden aufgezeigt. Jetzt sollte ein qualitätssicherndes Verfahren durchgeführt werden, wofür der Kredit nötig ist. Dies ist der erste Teil des Geschäfts, der gemäss den Vorberatungen wohl weniger umstritten ist als der zweite. Bei Letzterem geht es um den Rahmenkredit zur Umsetzung der Thuner Veloinitiative. Der Rat mag sich gefragt haben, weshalb der Gemeinderat das tut. Die Behandlung der Veloinitiative war damals ein Hin und Her. Der Stadtrat wollte das Tempo beschleunigen und nahm die Veloinitiative an, welche eine ambitionierte Umsetzungsfrist von zehn Jahren vorsieht. Es wurde in der Debatte Verschiedenes geäussert. Der Gemeinderat wurde kritisiert und hat sich nun Gedanken gemacht. Er hat die Verpflichtung, die Initiative möglichst gut so umzusetzen, wie sie eingereicht wurde. Im Verlauf der Debatte wurde seinerzeit erwähnt, das Vorbild für die Initiative sei die Stadt Luzern. Der Gemeinderat merkt sich solche Äusserungen und will politische Beschlüsse des Stadtrats nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen. Das Problem ist die knappe Zehnjahresfrist. Wenn so weiter vorgegangen werden soll wie bisher (das Vorgehen, das kritisiert wurde), besteht ein grosses Risiko, dass die Frist von zehn Jahren nicht eingehalten werden kann. Das sieht man aktuell u.a. bei dem Geschäft, von dem der Rahmenkredit abhängt. Ein Stadtratsgeschäft hat jedes Mal eine Vorlaufzeit von drei bis vier Monaten. Für ein solches Vorhaben verliert man aufgrund der berechtigten Abläufe Zeit. Doch jetzt besteht dieser Zeitdruck und der Stadtrat hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, nach Vorbild des Luzerner Modells schneller vorzugehen. In Luzern gab es auch einen Rahmenkredit. Dieser hat den Vorteil, dass die Kreditkompetenz, welche normalerweise beim Stadtrat liegt, für die Umsetzung an den Gemeinderat übertragen werden kann. Das führt dazu, dass die einzelnen Projekte wesentlich schneller realisiert werden können. Jetzt stellt sich die Frage, ob der Stadtrat das will. Aus Ressourcengründen will der Gemeinderat dem Stadtrat nicht eine ganze Abstimmungsbotschaft unterbreiten, wenn dieser den Rahmenkredit womöglich gar nicht annimmt. Der heutige Beschluss bezweckt deshalb, den politischen Willen des Stadtrats abzuholen. Der Stadtrat darf mit gutem Gewissen Nein stimmen. Der Stadtpräsident gibt jedoch zu bedenken, dass dann die Vorteile der Beschleunigung wegfallen und die Einhaltung der Zehnjahresfrist unwahrscheinlicher wird. Dem Gemeinderat ist es wichtig, den Entscheid des Stadtrats so bald wie möglich zu erhalten, da nicht umsonst gearbeitet werden soll. Im Falle einer Zustimmung würde der Gemeinderat für 190'000 Franken eine Umsetzungsstudie machen, welche als Basis für einen Stadtratsbericht und eine Abstimmungsbotschaft dienen würde, die nachher zuerst dem Stadtrat und danach der Bevölkerung unterbreitet

werden würden. Diesen Kredit hat der Gemeinderat bereits beschlossen. Das Vorgehen entspricht dem Luzerner Modell. Es gab bereits viele Fragen. Die Antworten darauf wären allesamt in der Abstimmungsbotschaft enthalten – auch die Frage, welche Personalressourcen es braucht. In dem Kostenrahmen von 20-30 Mio. Franken ist eine Reserve für zusätzliches Personal enthalten, welches für eine Umsetzung in den nächsten zehn Jahren nötig wäre. Eine Konsequenz des Rahmenkredits und des Umsetzungsprogramms wäre ein Programm, das in sich Sinn ergibt. Selbstverständlich kann sich der Stadtrat dagegen entscheiden und bei jedem Projekt die Schritte Wettbewerb, Projektierung und Ausführung durchlaufen und mindestens dreimal mitreden. Dies könnte jedoch dazu führen, dass einige Massnahmen, die einen Teil des Ganzen sein sollten, im demokratischen Prozess nicht angenommen werden würden. Dieses Risiko ist hinzunehmen – es ist ein legitimes Argument, wenn der Stadtrat weiterhin bei jedem Vorhaben mehrfach einbezogen werden will. Eine Zustimmung zum Rahmenkredit hätte keine Mehrkosten zur Folge. Der Gemeinderat will das Projekt umsetzen und das hat einen Preis. Dieser ändert sich nicht, wenn der Stadtrat einen Rahmenkredit spricht – oder höchstens so, dass es aufgrund der Beschleunigung günstiger wird. Der Gemeinderat glaubt, mit der Umsetzungsplanung einen klaren, effizienten Fahrplan zu haben, der dem Willen des Stadtrats entspricht. Er wären nicht alle Kompetenzen beim Gemeinderat. Jedes Projekt braucht ein Baubewilligungsverfahren, grössere Projekte brauchen Strassenpläne. Gemäss Zuständigkeit kommen solche Projekte nach wie vor in den Stadtrat. Gerade bei grösseren Vorhaben muss der Stadtrat keine Einschränkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten befürchten. Das zweite Geschäft mit dem Kredit würde wegfallen, was insgesamt zu einer wesentlichen Beschleunigung führen würde. Die Befürchtung, der Gemeinderat würde eigenmächtig über irgendwelche Velostrassen entscheiden, ist unbegründet. Als Teil des Vorgehenskonzepts würde er dem Stadtrat die Ausgestaltung der Mitwirkung darlegen. Beim vorherigen Geschäft zum Siegenthalergut konnte der Gemeinderat unter Beweis stellen, dass es ihm gelingt, die massgebenden Kreise miteinzubeziehen. Er schlägt dem Stadtrat vor, den Antrag anzunehmen.

Thomas Rosenberg, **SAKO P+StE,** gibt bekannt, dass die Punkte 1 und 2 in der gemeinsamen Sitzung der SAKO P+StE und der SAKO B+L unbestritten waren und einstimmig angenommen wurden. Zu Punkt 3 gab es viele Fragen und Vorbehalte hinsichtlich der Kommunizierbarkeit der Vorlage bei einer Volksabstimmung und das damit verbundene Risiko. Ein Verlust der demokratischen Mitwirkung wurde diskutiert. Positiv gewürdigt wurde die beschleunigende Wirkung des Rahmenkredits. Punkt 3 wurde mit 2 : 1 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 4 Abwesenheiten angenommen.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, betont die Bedeutung der Veloinitiative für seine Fraktion. Das dargelegte Vorgehen und insbesondere Punkt 3 lehnen sie jedoch ab. Inhaltlich und auch bezüglich der Ressourcen, der Frage der Gesamtschau und der Ambitionen sind sie mit dem Gemeinderat einig. Sie verstehen seine Absicht und unterstellen ihm nichts, gehen aber davon aus, dass trotz sorgfältiger Erarbeitung der Botschaft ans Volk ein schlecht einschätzbares, relativ hohes Risiko einer Ablehnung besteht. Dazu kommt, dass viele sogenannte flankierende Massnahmen in diesem Moment schon längst bekannt sind. Auch ist klar, dass es eine Mitfinanzierung gibt. Diese Sachen wären in diesem Paket auch drin und es wird damit noch schwieriger zu kommunizieren, warum man jetzt mit so einem Riesending kommt. Im Falle einer Ablehnung durch das Volk sehen sie die politische Glaubwürdigkeit unnötigerweise gefährdet, da man Teile des Betrags ausgeben müsste. Die sogenannte potenzielle Zeiteinsparung erscheint ihnen als Killerargument für das Geschäft, jedoch haben sie diese nirgendwo gesehen. Für einmal bevorzugt seine Fraktion den konservativen Weg und würde das Ganze lieber schrittweise oder zumindest in kleineren Schritten angehen. Im Bericht steht, der Stadtrat habe die Umsetzungsgeschwindigkeit vor detaillierte Informationen gestellt und damit Fragen zur Finanzierung und Umsetzung an den Gemeinderat delegiert. Seine Fraktion weist diese Interpretation zurück. Für sie hat sich der Gemeinderat in den letzten Jahren bezüglich Veloinfrastruktur nicht gerade beeilt, das eine oder andere ist liegen geblieben. Um dem ambitionierten Ziel der Förderung des Veloverkehrs nachzukommen, hätte man etwas mehr machen dürfen. Sie haben von Anfang an nicht verstanden, dass eine Initiative, bei der man nicht das beste Bauchgefühlt hat, vor den Stadtrat kommt. Es gab keinen Gegenvorschlag. Das vorliegende Geschäft ist eine

Zangengeburt, was nicht nötig gewesen wäre. Die Fraktion GLP/EVP/EDU stimmt den Punkten 1 und 2 zu und lehnt Punkt 3 ab, da ihnen das Vorgehen zu riskant ist.

Der Stadtratspräsident bittet die Ratsmitglieder, wenn möglich ihre Voten auf vier Minuten zu beschränken.

Michelle Marbach, **SAKO B+L**, beantragt einen Sitzungsunterbruch vor der Abstimmung. Der erste Teil betreffend die Veloverbindung war in der SAKO unumstritten. Betreffend die Veloverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis hofft sie sehr auf Variante B. Bei Variante A sieht sie Schwierigkeiten und ist gespannt auf die Antwort. Beim Rahmenkredit fand sie die Art und Form des Antrags etwas erstaunlich – es gab in der SAKO durchaus Fragezeichen dazu. Die Formulierung lässt Leute, die sich nicht tagtäglich damit befassen, im Glauben, dass jetzt 20-30 Mio. Franken wegen der Veloinitiative ausgegeben werden. Hier braucht es dringend eine andere Formulierung. Das Ganze ist ein Experiment mit viel Arbeit und Herzblut. Der Stadtrat ist vielleicht etwas zu wenig experimentierfreudig. Was passiert im Falle einer Ablehnung? Auf der einen Seite steht der gesetzliche Auftrag aus dem Reglement, auf der anderen Seite eine Abstimmung, die sich gegen diese Ausgaben geäussert hat. Wenn man nun sagt, man mache trotzdem weiter, hinterlässt das ein ungutes Gefühl. Luzern war Inspiration der Initiative, jedoch ist die Situation nicht ganz vergleichbar, da der Gegenvorschlag mehr Zeit verschaffte und eine Umsetzungsstudie durchgeführt wurde. Alle Informationen, die dem Stadtrat heute noch fehlen, lagen in Luzern vor. Die SAKO freut sich, dass der Gemeinderat vorwärts machen will. Das ist die grosse Gemeinsamkeit, welche sie heute mitnimmt. Doch entgegen der Annahme nach der Stadtratssitzung im März wollen sie zwar, dass es vorwärts geht, haben aber ein grosses Interesse daran, involviert zu bleiben. Das Geschäft führte in der SAKO zu vielen Diskussionen. Es fanden auch Gespräche mit dem Initiativkomitee statt. Besonders zum Zeitgewinn hätten sie sich mehr Informationen gewünscht. Die Vorbereitung für die Abstimmung braucht sehr viel Zeit und Ressourcen. Der Zeitgewinn steht dem Mitspracherecht gegenüber, welches die SAKO als sehr wichtig empfindet. Dass die Umsetzungsstudie ausgelöst werden soll, begrüssen sie sehr. Der Auftrag durch den Reglementstext ist klar und jetzt muss man herausfinden, wie er erfüllt werden kann. Es wäre ein denkbarer Weg gewesen, zuerst die Studie machen zu lassen. Dann hätte man alle Infos, die jetzt fehlen. Die SAKO lehnt den Rahmenkredit ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, wird den Eindruck nicht los, dass die Befürworter der Initiative sich vor dem Volk fürchten. Er hätte keine Angst, den Rahmenkredit vors Volk zu bringen. Es scheint ihm, dass Salamitaktik betrieben wird, um eine Volksabstimmung zu umgehen. Es ist sicher richtig, dass die einzelnen Projekte der Mitsprache durch den Stadtrat unterliegen. Andererseits spricht man immer von Gesamtkosten. Jetzt hätte man die Gelegenheit, mit der Zustimmung zu Punkt 3 eine Gesamtschau mit den aufgelisteten Massnahmen, einer ungefähren Kostenschätzung und einem Zeitrahmen zu erhalten. Mit einem Ja zu Punkt 3 würde der Rat heute nicht zu 20-30 Mio. Franken Ja sagen – heute wird lediglich über den Bericht abgestimmt, der dann vors Volk kommt. Die SVP-Fraktion hat ein Interesse an einer Gesamtschau und stimmt Punkt 3 deshalb zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, bedauert, dass die Veloverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis nicht schon weiter fortgeschritten ist, begrüsst aber sehr, dass der Gemeinderat jetzt vorwärtsmachen will. Die vom Bund gesetzte Frist bis Ende 2027 – wobei er mal gelesen hat, es wäre bereits April 2027 – bedingt eine rasche Weiterführung der Planung. Es sind nicht die zehn Jahre der Veloinitiative, die ambitioniert sind, sondern die Agglomerationsprogramme, welche in nicht mal drei Jahren umgesetzt werden müssen. Der Terminplan ist sehr eng gesteckt – es braucht nicht viel, dass es nicht aufgeht. Ausserdem ist das Geld nicht vorhanden. Bei der Veloinitiative geht es nicht primär um Geld, sondern um die zeitliche Vorgabe von zehn Jahren. Doch wenn die drei Jahre nicht eingehalten werden können, geht viel Geld verloren. Es sind alle gefordert, damit die Fristen eingehalten werden können. Die SP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat natürlich dabei. Die vorgeschlagenen Varianten mit den verschiedenen Brücken haben alle ihre Vor- und Nachteile. Die vom Gemeinderat bevorzugte Streckenführung ist für sie nachvollziehbar und würde helfen, den Selvepark attraktiver zu machen. Sie hoffen, dass der ambitionierte Terminplan

eingehalten werden kann und stimmen den Punkten 1 und 2 deshalb zu. Er hat sich gefragt, wie es mit den Personalressourcen aussieht. Der Stadtpräsident hat dazu auf die Veloinitiative verwiesen. Wenn der Rahmenkredit nicht kommt, fragt er sich aber, ob die Personalressourcen für die Umsetzung der Agglomerationsprogramme und des Gesamtverkehrskonzepts dann nicht sowieso fehlen. Sie begrüssen die rasche Umsetzung der Veloinitiative und insbesondere, dass der Gemeinderat mit dem Kredit für die Umsetzungsstudie, den er bereits bewilligt hat, vorwärts machen will. Dass die Studie dazu dienen soll, Massnahmen und den Finanzierungsbedarf für die Umsetzung der Veloinitiative zu definieren, finden sie richtig und wichtig. Sie denken, dass mehr als 20 von den 25 geforderten Kilometern schon in den AP- und GVK-Massnahmen enthalten sind. Daran, dass die Massnahmen aus dem AP und GVK in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden müssen, ändert die Veloinitiative nichts. Der Gemeinderat setzt seine Ressourcen besser für die kurzfristigen AP-Massnahmen ein, welche heute genehmigt werden. Ansonsten drohen finanzielle Mittel von Bund und Kanton verloren zu gehen. Eine Abstimmung über ein Budget von 20-30 Mio. Franken kann durchaus einen Zeitgewinn zur Folge haben. Bei einer Ablehnung hingegen – und wenn der Gemeinderat die AP- und GVP-Massnahmen dennoch umsetzen muss –, dann geht ein halbes Jahr verloren, das der Gemeinderat braucht, um die Initiative und das Budget vorzubereiten. In diesen drei Jahren braucht er die Zeit aber für die AP-Massnahmen. Wenn bei der Veloinitiative die zehn Jahre nicht eingehalten werden können, gehen keine finanziellen Mittel verloren. Natürlich ist das Ziel, diese in zehn Jahren umzusetzen, doch die Veloverbindung Bahnhof-Schwäbis zeigt, dass das Projekt aufgrund von Einsprachen länger dauern kann. Sie möchten dem Gemeinderat keinen Blankoscheck ausstellen, da sie lieber von Massnahme zu Massnahme im Stadtrat mitentscheiden. Wenn es Einsprachen gibt, dann geht das definitiv länger. Hier sind auch viele Organisationen von links bis rechts vertreten. Er ist überzeugt, dass das schneller geht, als wenn dieselben Organisationen Einsprachen machen. Daher ist die SP-Fraktion gegen Punkt 3 des Rahmenkredits.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, würdigt den Willen des Gemeinderats für ein rasches Vorgehen. Seine Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Beim Rahmenkredit haben sie Bedenken wegen der grossen Spanne der Ausgaben von 20-30 Mio. Franken. Schwer wiegt auch, dass die Mitwirkung des Stadtrats verloren geht. Sie wollen als Vertretung der Bevölkerung keine so grossen Summen über mehrere Jahre verteilt ausgeben – und das ohne Qualitätssicherungsverfahren. Die Fraktion FDP/Die Mitte stimmt den Punkten 1 und 2 zu und lehnt Punkt 3 ab.

Nicole Krenger (glp) stellt einen Antrag auf Rückweisung von Ziff. 3. Sie hat kein Verständnis dafür, dass der Gemeinderat 190'000 Franken für die Extrastrategie gesprochen hat, unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat der Ziffer 3 zustimmt. Wenn man innerhalb von zehn Jahren etwas erreichen muss, was nicht ganz einfach ist, dann braucht man doch eine Gesamtstrategie. Ihr scheint dafür die Studie für die 190'000 Franken durchaus geeignet zu sein. Es ist noch zu früh, um zu entscheiden, ob ein Rahmenkredit gewollt ist. Im Vorfeld hat sie auf ihre Frage hin die Antwort bekommen, dass dieses Vorgehen eher unüblich ist. Sie hat ein gewisses Verständnis dafür, wenn die Entscheidfindung hier auf breiteren Grundlagen nochmals in den Stadtrat kommt. Vielleicht liegen dann neue Erkenntnisse aus der Studie vor, die dem Gemeinderat bei einer besseren Begründung behilflich sind. Man verliert nichts, wenn die Arbeit jetzt gemacht wird, die Strategie entwickelt wird und man später nochmals schaut, ob man das Paket will.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, beantragt beim Gemeinderat, die Umsetzungsstudie für 190'000 Franken sowieso durchzuführen, um mit dem gewonnenen Wissen einen neuen Antrag an den Stadtrat zu formulieren.

Der Stadtpräsident nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat Respekt vor einer Volksabstimmung hat. Er hatte die Stimmung anders wahrgenommen und sich für die heutige Stadtratssitzung den Startpunkt einer optimistischen Veloinitiative erhofft. Dieser Optimismus kennzeichnet den Gemeinderat, der bereits eine Freinacht für den Fall eines Sieges der Schweiz bei der Europameisterschaft bewilligt hat. Es wurde gesagt, die Zeiteinsparung sei nicht offensichtlich. Er betont, dass ein Stadtratsbericht nicht in zwei Stunden auf dem Papier ist. Um die Qualität zu bieten, auf welche der Stadtrat einen Anspruch hat, braucht es für ein

Stadtratsgeschäft einen standardisierten Ablauf, der drei bis vier Monate dauert. Stadtrat Baumann-Fuchs hat gesagt, es sei schade, dass der Gemeinderat keinen Gegenvorschlag gemacht hat. In Luzern kam die Vorlage im Rahmen eines Gegenvorschlags zustande. Die Freude aus dem Stadtrat, dass der Gemeinderat etwas Begeisterung entwickelt hat, reicht nicht für eine Beschleunigung. Was es braucht, sind Instrumente wie der Rahmenkredit 1. Die Diskussion um die Umsetzungsstudie ist von Widersprüchlichkeit geprägt. Die einen – darunter Stadträtin Krenger – sagen, der Gemeinderat solle jetzt eine Umsetzungsstudie machen. Stadtrat Christen hingegen will keine Umsetzungsstudie. Der Stadtpräsident erinnert den Rat an die Zuständigkeitsordnung nach Stadtverfassung und an die Aufgaben von Stadt- und Gemeinderat gemäss der Gewaltenteilung. Der Stadtrat ist nicht für die Umsetzung zuständig und deshalb sind Anträge, die in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats fallen, unzulässig. Der Stadtrat kann nur Kredite beeinflussen, die in seinem Zuständigkeitsbereich sind – die 190'000 Franken sind das nicht. Das Argument, der Rahmenkredit würde dem Gemeinderat einen Blankoscheck geben, trifft nicht zu. Bei einer Zustimmung durch den Stadtrat würde der Gemeinderat als Nächstes eine Studie machen und dem Stadtrat eine Abstimmungsbotschaft samt Rahmenkredit vorlegen. Das hat nichts mit Blankocheck zu tun. Eine Annahme des Rahmenkredits würde bedeuten, dass allein die Finanzkompetenzen dem Gemeinderat übertragen werden würden. Sämtliche anderen Kompetenzen – auch die als Partei oder Bürger/in – würden beim Stadtrat verbleiben. Die Umsetzung müsste zwingend beinhalten, mit wem zusammen man das machen würde. Für die Mitwirkenden hätte das der Vorteil, dass man genauer, früher und nicht politisch einwirken könnte. Erfahrungsgemäss können die Einwirkungsmöglichkeiten des Stadtrats grösser sein, wenn man ein Projekt in anderer Form begleiten kann.

Sitzungsunterbruch von 10 Minuten (19:25-19:35 Uhr).

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, verliest den Wortlaut des Antrags.

Nicole Krenger (glp) könnte sich vorstellen, ihren Rückweisungsantrag zurückzuziehen, müsste jedoch zuerst die rechtliche Einschätzung hören.

Der Stadtpräsident macht einen Rückblick. Es gab eine Initiative, welche vom Stadtrat nach einer intensiven Diskussion überwiesen wurde. Der Gemeinderat ging als Folge davon in sich und machte einen Vorschlag, da etwas passieren musste. Als Resultat will der Stadtrat jetzt unzulässigerweise in die ureigene Zuständigkeit des Gemeinderats eingreifen. Er rät dem Stadtrat stark davon ab, etwas zu tun, das einen institutionellen Konflikt hervorruft. Ansonsten wird eine rechtliche Abklärung nötig sein. Es ist ihm bewusst, dass die Veloinitiative emotional ist. Wenn der Stadtrat den Rahmenkredit nicht will, soll er ihn ablehnen. Dann hat der Gemeinderat den Auftrag, die Initiative anders umzusetzen. Er hat den Kredit unter dieser Prämisse gesprochen und wird sich etwas ausdenken, wie er den Auftrag erfüllen kann.

Der Stadtratspräsident betont, dass es jetzt nur noch um die Frage geht, ob die Ratsmitglieder an ihren Anträgen festhalten. Die Diskussion ist beendet.

Nicole Krenger (glp) bleibt bei ihrem Antrag auf Rückweisung von Ziff. 3.

Adrian Christen (SP) zieht seinen Antrag im Sinne einer guten weiteren Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat zurück. Er hat den Antrag nur gestellt, weil der Stadtpräsident in seinem Eintretensvotum gesagt hat, er würde gerne wissen, was er bei einer Ablehnung des Rahmenkredits durch den Rat tun solle. Stadtrat Christen hat dann in seinem Votum eine Umsetzungsstudie vorgeschlagen, weil er das richtig fände. Daraufhin sagte der Stadtpräsident, das würde wohl nicht passieren. Stadtrat Christen kam dann die Idee mit dem Antrag. Vielleicht entscheidet sich der Gemeinderat doch noch, die Umsetzungsinitiative in eigener Kompetenz durchzuführen.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag von Stadträtin Krenger zu Ziffer 3 mit 25 : 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera g und Artikel 66 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Mai 2024 / 14. Juni 2024, beschliesst

mit 33 zu 2 Stimmen

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 380'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.031 (Bilanz-Konto Nr. 14290.10.01) für die Durchführung der zweiten Stufe des zweistufigen qualitätssichernden Verfahrens.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

mit 24 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen

3. Ablehnung des Auftrags an den Gemeinderat, dem Stadtrat bis spätestens an der Juni-Sitzung 2025 des Stadtrates zuhanden der Stimmberechtigten eine Abstimmungsvorlage mit einem Rah-menkredit in der Grössenordnung von 20 bis 30 Millionen Franken zur Umsetzung der Thuner Velo-Initiative zu unterbreiten (inkl. Umsetzungsprogramm und Abstimmungsbotschaft).

73. Entwicklung Stadtquartier (ESP) Bahnhof Thun

Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 1,3642 Millionen Franken für die Erarbeitung von Folgeprojekten nach Abschluss des «räumlichen Entwicklungsleitbildes»

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2024

Thomas Rosenberg, **SAKO P+StE**, begrüsst, dass die Entwicklung des ESP weitergeht. Kritische Fragen haben die indirekten und weiten Wege zu den Bushaltestellen auf der Südseite des Bahnhofs betroffen. Vom Planungsamt wurde bestätigt, dass dieser Punkt in der nächsten Phase genauer angeschaut wird. Positiv hervorgehoben wurden die Autonomie der einzelnen Entwicklungsfelder und die Veloabstellplätze, allerdings stellt sich dort die Frage nach den Standorten. Nach einer verhältnismässig kurzen Diskussion hat die SAKO P+StE dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Juni 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 1,3642 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.033 (Bilanz-Konto Nr. 14290.10.01) für die Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts und des Vorprojekts Neugestaltung Bahnhof Thun, die Anpassung der Überbauungsordnung UeO h Aarefeld-Bahnhofplatz sowie die Erarbeitung des Freiraumkonzepts Stadtquartier Bahnhof Thun.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

74. Entwicklungsschwerpunkt ESP Thun Nord – Entwicklung eines neuen Stadtteils

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 1,34 Millionen Franken für die Planung und Koordination der Entwicklung sowie für eine neue Ausgabe von 350'000 Franken für die Planung und Koordination der verkehrlichen und infrastrukturellen Gesamterschliessung

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2024

Markus van Wijk, **SAKO P+StE**, sieht den Startpunkt zur Masterplanung, in der die Grundlagen geschaffen werden sollten, um anschliessend über konkrete Inhalte zu diskutieren. Die SAKO hat dies diskutiert und wurde insbesondere über die Bedeutung des ESP Thun-Nord in Bezug auf das Potential von weiteren Arbeitsplätzen orientiert. Die geplante S-Bahn-Haltestelle wäre ein Trigger einer positiven Entwicklung. Hier ist eine koordinierte Planung zwischen Bund und Stadt absolut zwingend. Damit die entsprechende Planung auch gemacht werden kann, sind mit der aktuellen Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage intensive Gespräche zwischen der Stadt Thun und der RUAG bzw. Armasuisse als VBS-Vertreterin zwingend notwendig. Das Planungsamt hat der SAKO bestätigt, dass die Bundesinteressen im südwestlichen Teil konzentriert sind und städtische Nutzungen, wenn auch etwas reduziert, vor allem im südöstlichen Teil möglich sind. Bezüglich des Verkehrs interessierte sich die SAKO für die Frage nach einer zusätzlichen Buslinie. Hier wird eine multimodale Verkehrsdrehscheibe genannt, die schrittweise umgesetzt werden soll. Voraussichtlich wird es bereits ab 2025 einen Versuchsbetrieb mit der neuen Tangentiallinie geben. Denkbar ist auch, die bestehende Buslinie Nr. 4 mit einer zusätzlichen Schlaufe an die künftige Haltestelle anzubinden. Die SAKO P+StE nimmt den Antrag einstimmig an.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Juni 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,34 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.xxx für die Gesamtkoordination, Durchführung eines qualitätssichernden Verfahrens für das Haltestellenumfeld, die planungsrechtlichen Instrumente und die Kommunikation.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 350'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.xxx (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für die Planung und Koordination der verkehrlichen und infrastrukturellen Gesamterschliessung.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

75. Hofstettenstrasse 15 B. Teilsanierung Sulzberger-Gebäude. Ausführung

Bewilligung einer Anlage des Finanzvermögens von 570'000 Franken für den wertvermehrenden Teil der Massnahmen zur Teilsanierung

Bericht des Gemeinderates Nr. 19/2024

Der Rat gehemigt mit 32 : 3 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Juni 2024, beschliesst:

1. Genehmigung von 570'000 Franken als Anlage des Finanzvermögens für den wertvermehrenden Teil der Sanierungsmassnahmen (Aktivierung auf Bilanzkonto 10840.30.01).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

76. Dringliche Interpellation I 05/2024 betreffend Realisierung Busspur Unterführung Frutigenstrasse

Peter Aegerter (SVP) vom 2. Mai 2024; Beantwortung

Peter Aegerter (SVP) ist von der Antwort grundsätzlich befriedigt. Er hat eigentlich eine persönliche Erklärung vorbereitet, verzichtet aber darauf.

77. Postulat P 06/2024 betreffend Prüfung von kurz- und mittelfristigen organisatorischen und baulichen Massnahmen zur Kühlung von städtischen Schulbauten

Mark van Wijk (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte, SVP-Fraktion, Matthias Zellweger (Parteilos) vom 15. Februar 2024; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) hat sich bisher bei Verwaltung und Gemeinderat für Antworten zu einem eingereichten Vorstoss bedankt. Heute fällt ihm das schwer, er ist aufgrund der Qualität der Antwort eher verstimmt. Insbesondere die Antwort bezüglich kurzfristiger Massnahmen ist sehr oberflächlich ausgefallen. Interessanterweise wird eine allgemein gehaltene Aussage der Präsidentin der Thuner Primarschulleitungskonferenz von 2023 zitiert. Nach einer kurzen Anfrage bei der entsprechenden Schulleitung wurde ihm mitgeteilt, dass zwischen dem Interview mit Radio BEO und der Stellungnahme des Gemeinderats niemand eine vertiefte Anfrage zu dieser Problematik gestellt hat. Das ist seines Erachtens nicht seriös. Das Klima hat sich verändert, die Temperaturen in der Schweiz steigen, wie die Statistik zeigt. Die Stadt Thun hat alte Schulhausbauten aus dem letzten Jahrtausend mit teilweise unzureichenden Dämmungsmassnahmen und uralten Fenstern. Sogar im für 17 Mio. Franken sanierten Pestalozzi-Schulhaus wird es im Sommer über 30 Grad heiss. Hier herrscht kurzfristig Handlungsbedarf. Es sind unsere Kinder und Lehrpersonen, die das ertragen müssen. Wenn die einzige innovative Idee das Verschieben von heisser Luft mittels von Ventilatoren ist, dann sind wir nicht auf dem richtigen Weg. Er bittet den Rat, das Postulat wegen zwingendem Handlungsbedarf anzunehmen und auf keinen Fall abzuschreiben.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, ist auch nicht zufrieden mit der Beantwortung und stellt fest, dass ringsherum alle bemerken, dass Massnahmen ergriffen werden müssen – auch der Bund. Im neusten BAFU-Magazin «die umwelt» findet sich unter dem Titel «Die Hitze ist ein stiller Killer» wieder ein Bericht über diese Gefahr. Es geht ans Lebendige und Kinder sind besonders vulnerabel. Lehrpersonen, die mit Kindern mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, können bestätigen, dass gerade diese Kinder noch deutlich mehr unter der Hitze leiden. In der Beantwortung des Postulats sieht ihre Fraktion nicht viele Ideen zu einer Behebung des Problems. Bei bereits sanierten Schulhäusern wurde der Klimaveränderung zu wenig Rechnung getragen. So wurden nicht alle Fenster dreifach verglast, was bereits sehr viel Hitze dämmen würde. Es gäbe zahlreiche bauliche Massnahmen, welche angenehme Temperaturen für die Kinder und Lehrkräfte bewirken würden. Jemand aus der Kommission machte den Einwand, es handle sich ja nur um wenige Tage pro Jahr. Diesen Sommer gab es zugegebenermassen noch nicht viele Hitzetage. Die Statistiken sind jedoch eindeutig und 2022 hatten wir den heissesten Sommer überhaupt. Auch wenn man jetzt alle Massnahmen ergreifen würde, würde es immer noch 10-15 Jahre dauern, um die Klimaerwärmung zu stoppen. Die Fraktion Grüne folgt dem Antrag von Stadtrat van Wijk.

Matthias Berger, **SVP-Fraktion**, nimmt das Postulat an und schreibt es ab. Die Antwort des Gemeinderats ist zwar nicht ganz befriedigend, jedoch sind sie der Ansicht, dass man fast nicht mehr machen kann. Neue Schulhausbauten sind geplant. Was man tun kann, liegt im organisatorischen Bereich. Er verspricht, dass die Schulkommission zusammen mit der Schulleitung die Frage nochmals angehen wird. So können die Lehrpersonen z.B. mit kleinen Kindern oder mit solchen mit besonderen Bedürfnissen nach draussen gehen. Ventilatoren helfen nichts, das stimmt. Klimageräte würden helfen, doch andere wollen das nicht, da sie sehr ressourcenintensiv sind.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 27 : 8 Stimmen nicht ab.

78. Postulat P 13/2024 für einen Verkehrsversuch mit weniger Stau, nicht mit mehr Stau

Sandro Badertscher (Parteilos), Marc Fritschi (Parteilos), Matthias Zellweger (Parteilos) und Mitunterzeichnende vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Marc Fritschi (Parteilos) führt aus, dass es in Thun Leute gibt, die ein Verkehrsproblem sehen, welches seit dem Einbahnregime in der Innenstadt noch zugenommen hat. Der Gemeinderat sagt, er sehe das Problem. Weiter gibt es Leute, die das Verkehrsproblem lösen oder wenigstens verkleinern wollen. Der Gemeinderat will es langfristig mittels einer Delegation nach oben lösen lassen und versuchen, es kurzfristig zu verkleinern. Statt Massnahmen zu prüfen, wird das Problem seit nunmehr sieben Jahren kleingeredet. Dann schlägt der Gemeinderat im Juni einen Verkehrsversuch vor, der offensichtlich untauglich ist. Er hat den Kredit so aufgeblasen, dass der Stadtrat dazu nein sagen darf. Der Gemeinderat hat zwar netterweise eine Infoveranstaltung organisiert, um den untauglichen Versuch zu erläutern. Fragen zu den Grundlagen und zu besseren Lösungen hat er jedoch nicht beantwortet, weil er eine «Übungsanlage» definiert hat, die einzig den Zweck hatte, den Stau nicht zu reduzieren. Das gleiche Spiel hat der Rat an der letzten Ratssitzung erlebt, wo Fragen, Mitdenken und Lösungen nicht erwünscht waren. Der Gemeinderat zeigt damit eine patriarchalische, feudalistische Haltung gegenüber dem Parlament: Er sagt dem Rat, was dieser seiner Meinung nach wissen soll – aber nicht, was der Rat wissen will. Nach dieser Denkart wurde das Postulat jetzt mit einer Nicht-Antwort beantwortet, Verbesserung für die Thunerinnen und Thuner sind zweitrangig. Es gibt Leute im Saal, die es gut oder sogar lustig finden, wenn die Parteilosen auf diese Weise und ausserhalb aller üblichen Behandlungsfristen abgefertigt werden. Stadtrat Fritschi nimmt das nicht persönlich, aber er findet diese Verachtung gegenüber dem Parlament und der mangelnde Respekt vor der Gewaltenteilung und der Demokratie tragisch. Er bittet den Rat, das Postulat anzunehmen.

Gemeinderat Reto Schertenleib verweist für die Argumentation des Gemeinderats auf das Protokoll der letzten Sitzung. Wer das Postulat annimmt, beansprucht Ressourcen für etwas mit sehr geringen Erfolgsaussichten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 20 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

79. Interpellation I 08/2024 betreffend notwendige Grundlagen für einen Verkehrsversuch

Sandro Badertscher (Parteilos), Marc Fritschi (Parteilos), Matthias Zellweger (Parteilos) und Mitunterzeichnende vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Marc Fritschi (Parteilos) ist mit der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt und wünscht keine Diskussion.

Es folgen persönliche Erklärungen zum Ablauf der heutigen Sitzung

Valentin Borter (SVP) stört sich an der Nichteinhaltung der Vier-Minuten-Empfehlung. Folglich wird er für die Diskussion der Steuersenkung im Herbst für sich auch eine längere Redezeit in Anspruch nehmen.

Franz Schori (SP) ging es heute Abend mit den Anträgen etwas zu schnell. Wäre ihm das nicht so ergangen, hätte der Stadtratspräsident keinen Stichentscheid gehabt und der Gemeinderat hätte einen deutlicheren

Auftrag für mehr Veloabstellplätze bezüglich ZPP Siegenthalergut. In dem Sinne entschuldigt er sich bei denen, die sich von ihm im Stich gelassen fühlen und möchte ein Signal an den Gemeinderat senden für die Verhandlungen mit Frutiger AG. Er hofft, dass sie zumindest darauf eingehen werden, was der Stadtrat beschlossen hat. Er wünscht sich, dass die Zeichen verstanden werden.

Thomas Hiltpold (Grüne) hat etwas Mühe, wenn Geschäfte verabschiedet werden sollen, ohne dass man sich dazu äussern kann. Er lässt sich seine Mitwirkung nicht auf vier Minuten reduzieren – gerade bei Jahrzehntgeschäften wie heute ist mehr Redezeit nötig. Er war an dieser Vier-Minuten-Vereinbarung nicht beteiligt und deshalb gilt sie für ihn nicht. Er versucht sich kurz zu halten, wo immer es möglich ist, jedoch gehen Demokratie und Ratskultur vor die Hunde, wenn man dann noch eine Verbindung zur anstehenden Diskussion über die Steuersenkung herstellt.

Der Stadtratspräsident betont, dass die freiwillige Redezeitbeschränkung seine Idee war und für einen effizienteren Sitzungsablauf der stark belasteten Sitzungen sorgen sollte. Er bittet um Verständnis dafür und glaubt, genug Verhältnismässigkeit an den Tag gelegt zu haben. Den einen oder anderen Hinweis wird er anbringen, wenn es ihm nötig erscheint.

Valentin Borter (SVP) betont seine Einigkeit mit Stadtrat Hiltpold.

80. Fragestunde F 13/2024 betreffend Kultur- und Kongresszentrum Thun ab 2025 als stadteigene AG

Michelle Marbach (Grüne) vom 2. Juli 2024; Beantwortung

Die Fragestunde F 13/2024 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadträtin Daniela Huber Notter.

Der Stadtratspräsident würdigt Daniela Huber Notters Einsatz für den Stadtrat. Die ehemalige Stadtratspräsidentin war eine spezielle Stadträtin: stets nach links und nach rechts die Hände ausgestreckt, was von Qualität zeugt. Er verabschiedet sie unter dem Thuner Wappen an der Decke des Stadtratssaals.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadträtin Nicole Krenger.

Der Stadtratspräsident hebt die grosse Zahl von Vorstössen hervor, welche Nicole Krenger mitgestaltet hat. Sie steht viel auf und sagt, sie habe sich gerade etwas überlegt und habe eigentlich gar nicht reden wollen. Doch dann kommt ein messerscharfes und sehr vorbereitet wirkendes Votum. Wenn es um Geldausschüttung ging, schaute sie, dass man nichts verschleuderte. Er dankt ihr herzlich für ihren Einsatz und verabschiedet sie unter dem Thuner Wappen.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Reto Kestenholz.

Der Stadtratspräsident beschreibt Reto Kestenholz als authentisch und präzise. Er war immer authentisch und steht für seine Anliegen glaubhaft ein. Im Rat hatte er die Rolle des Ernährungsberaters. Er dankt ihm für seine wertvollen Tipps, wünscht ihm alles Gute und verabschiedet ihn unter dem Thuner Wappen.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Thomas Rosenberg.

Der Stadtratspräsident hat Thomas Rosenberg als humorvoll, verschmitzt und trotzdem stets sehr seriös erlebt. Sein schalkhaftes Verhalten hat ihm gefallen. Er war der Einzige, der seine Freiheit eingeschränkt hat, da er das Wort «liberal» beim damaligen Parteiwechsel aussenvor gelassen hat. Er wünscht ihm alles Gute und verabschiedet ihn unter dem Thuner Wappen.

Der Stadtratspräsident beendet die Sitzung und wünscht allen schöne Sommerferien.

Eingänge

– Postulat P 18/2024 betreffend Bekämpfung der Lichtverschmutzung in der Stadt Thun; Fraktion Grüne, Thomas Lanz (Grüne) vom 4. Juli 2024

Der Stadtratspräsident
Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär
Christoph Stalder